

Bericht von der Stadtratssitzung vom 29.06.10

Laufzeit Atomkraftwerk Grafenrheinfeld

In einem Dringlichkeitsantrag hat SPD Stadtrat Werner Bonengel eine Resolution eingebracht, die an die Bundeskanzlerin und an alle Fraktionen im Bundestag appelliert, die derzeit geltende Laufzeit des Atomkraftwerks Grafenrheinfeld nicht zu verlängern. Bis auf Stadtrat Bebersdorf stimmten alle Fraktionen und Stadträte dieser Resolution zu. Politischen Erfolg von dieser Resolution erwartet allerdings niemand. Dennoch ist interessant zu beobachten wie sich die Atomkraftbefürworter der CSU verbiegen. Die Atomkraft an sich wird grundsätzlich gut geheißen, allerdings nicht in Grafenrheinfeld, weil vor unserer Haustür. Vor anderen Haustüren dürfen Kernkraftwerke Strom produzieren und auch weiterhin ein Sicherheitsrisiko darstellen. So kennen wir die CSU. Konsequenter in Konsequenzen. Das betrifft auch die Spätfolgen der Atomwirtschaft: Die Endlagerung. Überall, nur nicht in Bayern! Politik alá CSU!

OB als Standesbeamter

Schon im Haupt- und Finanzausschuss hat sich unser Fraktionsvorsitzender Frank Firsching als einziger gegen die Benennung von OB Remelé zum Standesbeamten ausgesprochen. Warum eigentlich?

Es ist völlig richtig, dass die Rechtslage Gemeinden erlaubt ihren Oberbürgermeister zum Standesbeamten zu bestellen, damit er Eheschließung vornehmen kann. Diese Möglichkeit wird von vielen Gemeinden genutzt.

Wir sehen darin ein Privileg. Ein Privileg für einige wenige, nicht für alle. Wer wird wohl vom Oberbürgermeister getraut werden? Parteifreunde, möglicherweise Gönner und Sponsoren, eventuell wichtige Geschäftsleute und private Bekannte. Zusammengefasst könnte man sie mit der „Oberschicht“ beschreiben. Schichtarbeiter, Migranten oder Sozialgeldempfänger werden kaum darunter sein. Deshalb lehnen wir es ab, dem OB Eheschließung anzuvertrauen. Dafür gibt es ausgebildete Standesbeamte, die ohne Ansehen der sozialen Herkunft alle gleichberechtigt trauen. Wir sind 2008 mit dem Slogan „Schweinfurt für alle“ angetreten, nicht mit dem Motto „Privilegien für wenige“.

Feststellung Jahresabschluss Friedericke Schäfer Heim (FSH)

Mit einem Gewinn von 25 143.71 Euro schloss das FSH das Geschäftsjahr 2008 ab. Aufwendungen von 3.802.659,19 Euro standen Erträge von 3.827.802,90 Euro gegenüber. Der Jahresabschluss wurde einstimmig beschlossen.

Im Haupt- und Finanzausschuss stimmte LINKEN- Stadtrat Frank Firsching gegen die Preiserhöhung für die Heimbewohner von 2% und der Erhöhung des Ausbildungszuschlags von 31%, den die Heimbewohner seit einem Jahr zusätzlich zahlen müssen. Firsching argumentierte mit der aktuellen Preissteigerungsrate von ca. 1% und dem seiner Ansicht nach völlig unangemessenen Ausbildungszuschlag. Den müssen die Heimbewohner zahlen, weil das FSH Auszubildende ausbildet. Jetzt 68 Cent pro Tag. Frank Firsching vertrat die Meinung man könne nicht zusätzlich für Azubis kassieren. Nachwuchsausbildung sei betriebliche Pflicht und keine Extra- Leistung für die extra zur Kassen gebeten werden darf.

Neue Bebauung im Maintal

Einmütig stimmte der Stadtrat einer Bebauungsplanänderung im Maintal zwischen Amsterdamstraße und der Verlängerung der Athenstraße zu. Dort entstehen acht bis neun Bürogebäude, die an Unternehmen vermietet werden.